

Wilsdruffer Tageblatt

Sprechender Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 26614

Besteht täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 2 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Bestellungen monatlich 4.50 Mk., durch unsere Verkäufer gegenbar in der Stadt monatlich 5 Mk., auf dem Lande 6.00 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 15.25 Mk. mit Postgebühren. Alle Postanfragen und Postbestellungen sowie andere Nachrichten und Geschäftsbriefe können jederzeit Zustellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstigen Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Neissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 227.

Mittwoch den 28. September 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung,

betreffend Neu festsetzung des Wertes der landwirtschaftlichen Deputate für den Steuerabzug.

Für die in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer, die an Stelle der freien Verpflegung Deputate erhalten, wird der Wert dieser Naturalbezüge für den Bezirk des Landesfinanzamtes Dresden wie folgt neu festgesetzt:

1 Zentner Kartoffeln	40,—	Mk.
1 " Getreide	100,—	"
1 Liter Milch	2,—	"
1 Ei	1,50	"
1 Pfund Butter	24,—	"
1 Zentner Stroh	15,—	"

Bei diesen Sätzen handelt es sich um angemessene Mittelpreise, die im ganzen Landesfinanzamtsbezirk gleichmäßig bei der Berechnung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn Anwendung zu finden haben.

Die neu festgesetzten Werte sind mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 ab bei der Berechnung des vom Arbeitslohn als Einkommensteuer einzubehaltenden Betrags zu berücksichtigen.

Dresden, am 20. September 1921.

Das Landesfinanzamt,
Abteilung für Besig- und Verkehrssteuern.

Donnerstag den 29. September 1921 abends 7 Uhr

öf. gemeinschaftl. Sitzung des Rats u. der Stadtverordneten.

Die Tagesordnung hängt im Verwaltungsgebäude aus.

Wilsdruff, am 26. September 1921.

5876

Der Bürgermeister.

Die Auszahlung der Feuerungsbeihilfe für Monat September

erfolgt Donnerstag den 29. d. M. vormittags 9 bis 1 Uhr in der Stadtkasse.

Wilsdruff, am 27. September 1921.

5884

Der Stadtrat.

Grumbach.

Mittwoch den 28. September nachmittag von 3 bis 5 Uhr bei Herrn Josef Döhl Verkauf. Verschiedene Birnen, Pfund 75 Pfg. Goldparmanen, Pfund 1 Mk.

Grumbach, am 27. September 1921.

5877

Der Gemeindevorstand.

Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weitverbreiteten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung

Kleine Zeitung für eilige Leser.

Der Friedensvertrag Deutschland-Amerika soll in zwei Wochen ratifiziert und dann mit der Zurückziehung der amerikanischen Truppen vom Rhein begonnen werden.

Die amtliche Rundgebung über die Verständigung der Reichsregierung mit Bayern erfolgt in den nächsten Tagen.

Nach Madrider Nachrichten ist die spanische Offensiv in Marokko nach zehntägigem blutigem Kampfe gescheitert.

In Amerika sind 50 Millionen für bedürftige deutsche Oberlehrer gesammelt und der Interalliierten Kommission in Oberösterreich übergeben worden. Die Spende wurde bisher geheim gehalten, weil die Franzosen die Hälfte den Polen zuweisen wollen.

Beschränkung unserer Ausfuhr?

Von einem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Gewiß sind sich nur wenige von denen, welche immer wieder mit Nachdruck Deutschlands Erfüllungswillen betonen, darüber klar geworden, was die Steigerung der deutschen Warenausfuhr auf das zur Zahlung der Reparationsraten notwendige Maß für uns bedeuten würde. Die „Devisenumlage“, — d. h. die Beschlagnahme eines Teiles der beim Außenhandel in deutsche Hände gelangenden Zahlungsmittel auf das Ausland, — würde bestenfalls einen größeren oder kleineren Teil der festen Jahresrate von zwei Milliarden Goldmark sichern. Für die übrigen Beträge, also für den Rest der festen Jahresrate und die 20 Prozent vom Werte der deutschen Ausfuhr, müssen wir auf andere Weise Deckung zu schaffen suchen.

Wir haben als selbstverständlich angenommen, daß Sachlieferungen an unsere Reparationsgläubiger nicht als abgabepflichtige Ausfuhr gelten. Nach dem, was über die deutsch-französischen Lieferungsvereinbarungen bekannt geworden ist, ist es dem Ermessen Frankreichs überlassen, wie viel Sachgüter es von uns beziehen will. Wir dürfen also nicht damit rechnen, daß wir laufend einen erheblichen Teil unserer Schuldverpflichtung durch Material- und Warenlieferungen abtragen können. Wir haben mit den Erträgen der deutschen Ausfuhr die unentbehrliche Einfuhr zu bezahlen und weiter die Mittel aufzubringen, um mindestens einen Teil der Barrate und die auf der Ausfuhr begründete Zusatzrate aufzubringen. Es muß hervorgehoben werden, daß die Ausfuhr um so weniger Devisen in Privat Händen läßt, je umfassender die Devisenbeschlagnahme durch das Reich ist. Seit Monaten hört und sieht man immer wieder, daß wir unsere Ausfuhr auf das äußerste steigern müssen. Je höher aber unsere Ausfuhr wird, um so höher werden die oben erläuterte Zusatzrate und damit die gesamte Zahlungsverpflichtung. Es ist wahrscheinlich, daß die Reparationskommission von den vorläufig nicht in Umlauf zu bringenden 80 Milliarden Goldmark Schuldverschreibungen in dem Maße ausgeben wird, wie die deutsche Zusatzrate steigt. Jeder Posten der Schuldverschreibungen, der einmal in Umlauf gebracht ist, erfordert aber laufende Verzinsung und Tilgung. Deshalb wird sich jede kommende Jahres-Zahlungsverpflichtung mindestens auf den Betrag der vorjährigen Zahlung stellen. Die Steigerung unserer Warenausfuhr schließt daher ernste Gefahren in sich. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß der private Gewinn bei der gesteigerten deutschen Ausfuhr 25 Prozent erreichen wird, daß also, volkswirtschaftlich betrachtet, die Ausfuhr nichtbringend ist. Wer auf die Revision des Londoner Reparationsabkommens vom 5. Mai rechnet, muß alles vermeiden, was die deutsche Zahlungsverpflichtung in den nächsten Monaten und Jahren über das äußerste Maß hinaus steigert.

Nach diesen Betrachtungen muß man vielmehr zu dem Schluß gelangen, daß wir unsere Ausfuhr so weit, wie möglich erhöhen sollten. Das neue Projekt, über welches gegenwärtig zwischen Vertretern der deutschen Wirtschaft und der Reichsregierung verhandelt wird, bedeutet zum erheblichen Teil einen Schritt zur Befreiung von der Ausfuhr. Die Warenausfuhr wird uns mit Geldmitteln belegen; die Wertausfuhr dagegen nicht. Stellen wir unsere Produktionsmittel als Pfand für ein großes internationales Darlehen zur Verfügung, und benutzen wir darüber hinaus den Personalkredit unserer Wirtschaft im Auslande zur Aufbringung weiterer Beträge, so können wir es erreichen, daß wir für eine gewisse Spanne Zeit die für die Zahlungsverpflichtung des Reiches notwendigen Devisen erhalten, ohne unsere Ausfuhr aufzuweichten und ohne damit unsere Zahlungsverpflichtung zu steigern. Wird die große Kreditaktion von der gesamten deutschen Wirtschaft getragen, so wird die Gefahr unmittelbaren fremden Einflusses auf die deutsche Produktion gemindert.

Trotzdem trägt die neueste Kreditaktion den Stempel des Ungesunden unentbehrlich an sich. Es ist eine traurige Ironie des Schicksals, daß die Vorkämpfer des deutschen Aufbaus eine Beschränkung der Warenausfuhr predigen müssen. Wir hatten gehofft, nach dem fürchterlichen Kriege und nach fünfjährigem Abschluß von den Absagebüchern der Welt mit unseren Erzeugnissen im Ausland wieder Fuß zu fassen. Soweit wir Waren ausführen müssen, um mit dem Erlös die lebensnotwendige Einfuhr zu bezahlen, sollten wir wenigstens diejenigen Erzeugnisse bevorzugen, in denen wir auf dem Weltmarkt eine Zukunft haben, und die wir in steigendem Maße liefern können, sobald unsere Gläubiger sich von der Undurchführbarkeit und den für alle Beteiligten verderblichen Folgen des Londoner Ultimatus überzeugt haben werden.

Churchill über die Weltkatastrophe.

Ohne Deutschlands Wohlfahrt kein Aufbau.

In einer großen Rede zu Dundee befaßte sich der englische Minister Churchill, der außerdem die trübe Frage und die wirtschaftliche Gefahr behandelte, mit den Ursachen der drohenden Weltkatastrophe. Er kam dabei zu Folgerungen, die in Deutschland von allen einseitigen Politikern schon lange gezogen werden, die aber bisher bei den Alliierten keine praktischen Resultate gezeigt haben, ganz abgesehen von dem durch blinden Fanatismus — anders läßt es sich wohl nicht auffassen — Verhalten Frankreichs. Churchill hob hervor:

Die großen Nationen der Welt bieten augenblicklich ein merkwürdiges Schauspiel: Amerika, England, Frankreich, Italien, alle hoffen riesige Schulden von einander oder von Deutschland herauszubekommen. Schulden eintreiben ist eine Hauptindustrie geworden und nimmt in den Köpfen zahlreicher Politiker und Parlamente und sogar Völker den Hauptplatz ein. Wenn alle Schulden und Entschuldigungen zwischen Nation und Nation bezahlt werden würden, dann würde jedes Gläubigerland künstlich im Kreis erkrankter Ware erhalten, und zwar in Mengen und zu Preisen, die für den geordneten Betrieb ihrer Industrien verhängnisvoll sein würden. Durch alle diese Verhältnisse wird gerade das Gegenteil von dem erzielt, was man erhofft. Ein Beispiel dafür ist der gestrige Schuldnerpaß Deutschlands und der größte Gläubigerstaat Amerika. In Deutschland arbeiten die Industrien intensiv. Deutschland wird durch seine Ausfuhr in die Lage versetzt, fast jeden Markt, den es beschließt, zu erobern. In den Vereinigten Staaten ist die Lage ganz anders. Sie verfügen über Berge von Gold. Der amerikanische Ausfuhrhandel wird jedoch sehr eingeschränkt. In Amerika wird dreimal soviel Erwerbslose wie in England, und ein Steigen der Kurve für die Lebenshaltung in den Vereinigten Staaten wird für die unmittelbare Zukunft angedeutet.

Angenommen habe verjährt, soweit angängig, Deutschland eine Möglichkeit zu sichern, seine eigene Wohlfahrt wieder aufzubauen, mit der die Wohlfahrt Frankreichs und Englands so eng verknüpft sei. England habe sich erboten, zu verzichten und alle Schulden zu streichen, die ihm europäische Nationen schulden, vorausgesetzt, daß England von der geringeren Schuld befreit werde, die es für seine Alliierten bei den Vereinigten Staaten aufgenommen habe. So wichtig auch die Konferenz ist, die demnächst in Washington über die Frage der Währungsstabilisierung soll, eine Konferenz über die Schaffung normaler Währungen würde wertvoller sein und noch bringlicher. Man darf vielleicht hoffen, daß sich die eine aus der andern entwickeln wird.

Revision des Versailler Vertrages notwendig.

Einem bemerkenswerten Artikel beziffert der angesehen englische Publizist Dillon über die wirtschaftlichen Folgen des Krieges, die schließlich zu einer Weltkatastrophe führen müssen. Die Hauptschuldigen dieser Katastrophe würden diejenigen sein, die die geheimen wirtschaftlichen Taten zwischen den Nationen nicht erkennen wollten. Einer der Hauptfaktoren, durch die einer Weltkatastrophe vorgebeugt werden könnte, sei der, daß Amerika sein überflüssiges in den Tresors liegendes Gold herausgeben und in den Dienst der Weltwirtschaft stellen müsse. Ein weiterer, wohl ebenso wichtiger Faktor sei der einer Revision der wirtschaftlichen Bedingungen der Friedensverträge, namentlich des Versailler Vertrages.

Deutsch-amerikanischer Friedensvertrag.

Ratifizierung in zwei Wochen.

Die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten hat den deutsch-amerikanischen Vertrag mit zwei Stimmenthaltungen angenommen. Der Vertrag wurde sodann im Senat verlesen. Sobald er genehmigt sein wird, wird Präsident Harding im Kongreß beantragen, den Eintritt Amerikas in die Reparationskommission zu billigen.

Harding erklärt in einem Briefe an Senator Lodge, von welchem der Senat Kenntnis erhielt, die Friedensverträge mit Deutschland Österreich und Ungarn wollten den Rest von allem, was mit dem Kriege zusammenhängt, befeitigen und den Frieden vollständig wiederbringen. Der Präsident wünscht schnelle Erledigung. Senator Lodge betonte bei der Besprechung der Verträge, daß weder Italien noch Japan Truppen am Rhein hätten. Senator Borah erneuerte seine Kritik an der Politik der Vereinigten Staaten, die praktisch auf eine Gemeinschaft mit Europa hinausläufe. Amerika, sagte er, will für sich alle Vorteile, die aus dem Versailler Vertrag erwachsen, in Anspruch nehmen und keinen seiner Nachteile. Dies Verhalten sei moralisch unmöglich. Senator Lodge hofft nach einer weiteren Erklärung auf die endgültige Erledigung des Friedensvertrages innerhalb zwei Wochen. Staatssekretär Hughes habe ihn davon in Kenntnis gesetzt, daß die Regierung mit der Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus Deutschland unmittelbar nach der Ratifizierung des Friedensvertrages mit Deutschland zu beginnen beabsichtige.

Parlamentarischer Aufstand.

Die Parteiführer beim Reichslanzler.

Der Dienstag und Mittwoch bedeuten den Anfang der parlamentarischen Winterarbeit. Der Reichstag und der preussische Landtag nehmen an diesen Tagen ihre Vollstimmungen wieder auf, mit denen ein sehr wichtiger Stück politischer Entwicklung verknüpft ist. Es handelt sich, kurz gesagt, darum, durch die Beschlußfassung über ein